

„Bamberger Erklärung“

Gemeinsame Erklärung der Präsidien der IHK für Oberfranken Bayreuth und der IHK Südthüringen

Dem Wirtschaftsstandort Deutschland steht ein weiteres realpolitisch verschenktes Jahr in Reihe bevor. Bestenfalls wird es 2024 beim Bruttoinlandsprodukt ein Nullwachstum geben, es droht sogar eine Rezession. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist wachstumsfeindlich, zehntausende von Unternehmen und hunderttausende von Menschen sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Die verfahrenere Situation ist hausgemacht. Andere Industrienationen generieren Wachstum und damit Wohlstand, während bei uns tausende von Industriearbeitsplätzen abgebaut, Investitionen gestrichen oder in die Länder mit Wachstum verlagert werden.

Die Rückmeldungen aus unseren Mitgliedsunternehmen sind katastrophal. Deutschland steht unmittelbar vor einem Kipppunkt, an dem nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts auf dem Spiel steht, sondern auch der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt. Die Signale aus der Wirtschaft an die Politik sind eindeutig: so kann es nicht weitergehen!

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer! Doch die Politik aus Brüssel und Berlin hat in den letzten Jahren immer mehr direkten Einfluss auf die Wirtschaft genommen:

- Umfangreiche neue Berichtspflichten durch CSRD, Taxonomie und Lieferkettengesetzgebungen
- Restriktionen in der Unternehmensfinanzierung durch die neue Taxonomie
- Eine protektionistische und ideologieprägte Handelspolitik bei Rohstoffen und Vorprodukten wie z.B. Stahl u.a. durch CBAM
- Eine stark ideologieprägte Energiepolitik
- Die Streichung von Förderprogrammen „über Nacht“, und damit komplett unberechenbare Vorgaben
- Ein Bürokratieentlastungsgesetz, das nicht entlastet

Die IHK für Oberfranken Bayreuth und die IHK Südthüringen appellieren an die Bundesregierung, sich der Realität zu stellen und den aktuellen Kurs ihrer zum Teil ideologiegetriebenen Wirtschaftspolitik sofort zu korrigieren. Bevor die toxischen Folgen auf die Unternehmen und damit die Beschäftigung unumkehrbar werden. Verlässlichkeit und Planungssicherheit müssen wieder Priorität haben, die Standortbedingungen und Kostenstrukturen eine erfolgreiche Teilnahme am internationalen Wettbewerb ermöglichen. Bleierne Fesseln und Bremsklötze bei Bürokratie und Genehmigungsverfahren müssen konsequent abgeschafft werden.

Die IHK für Oberfranken Bayreuth und die IHK Südthüringen fordern die Bundesregierung zu folgenden Handlungsschritten auf:

- **Wettbewerbsfähigkeit:** Ob Energie- und Rohstoffpreise, Arbeitskosten, Bürokratie oder Planungssicherheit, die Rahmenbedingungen sind vielfach nur noch eine Belastung. Die Wirtschaftsfreundlichkeit politischer Entscheidungen muss auf der Tagesordnung wieder ganz oben stehen.
- **Energie:** Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist kein energiepolitisches Experimentierfeld. Die sichere und bezahlbare Versorgung der Unternehmen mit Energie ist eine Grundvoraussetzung. Seriöses Vorgehen muss den Vorrang vor politischem Aktionismus und verfehlter Umweltpolitik haben.
- **Bürokratie:** Trotz all der Beteuerungen: Der bürokratische Aufwand für die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben wächst stetig und sorgt für maximalen Verdruss. Den Worten der Regierung müssen sofort Taten folgen und bürokratische Belastungen müssen konsequent reduziert werden. Insbesondere solche, die erst in Zukunft wirksam werden.
- **Infrastruktur:** Die Infrastruktur in Deutschland läuft seit langem auf Verschleiß. Die Politik muss die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Infrastruktur endlich anerkennen und die erforderlichen Maßnahmen zur Ertüchtigung umgehend einleiten. Das gilt nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur, sondern insbesondere auch für die digitale sowie die Energieinfrastruktur.
- **Planungssicherheit:** Ob Heizungsgesetz, E-Mobilität oder „Verbrenner-Aus“, das Hin und Her in der Bundes- aber auch Europapolitik ist Gift für das Vertrauen der Wirtschaft in den Standort und Aufforderung zur Abwanderung. Unsere heimische Wirtschaft braucht Verlässlichkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor enormen Herausforderungen, vor allem bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels, der Transformation der Wirtschaft oder den Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen. Diese Herausforderungen wird unser Staat aber nur mit einer starken und zukunftsfähigen Wirtschaft bewältigen können. Die Stärkung der Resilienz der Unternehmen in einem schwierigen internationalen Wettbewerbsumfeld muss für die Politik auf allen staatlichen Ebenen daher an erster Stelle stehen.

Wir fordern: Vorfahrt für die Wirtschaft!

Dr. Michael Waasner
IHK für Oberfranken Bayreuth
Präsident

Klaus Grötenherdt
IHK Südthüringen
Vizepräsident

Wolfram Brehm
IHK für Oberfranken Bayreuth
Hauptgeschäftsführer

Dr. Ralf Pieterwas
IHK Südthüringen
Hauptgeschäftsführer